

Energiepolitik - integrierter Bestandteil der Gesellschaftspolitik

Heinz Kluncker, geb. 1925 in Wuppertal, studierte an der Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg. Er ist seit 1961 Mitglied des Vorstands und seit 1964 1. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV.

Die Auseinandersetzung um die Kernenergie in den letzten Wochen und Monaten hat bei vielen Zeitgenossen zu der richtigen Einsicht geführt, daß wirtschaftspolitische Entscheidungen stets Ausdruck von gesellschaftspolitischen Vorentscheidungen sind und sein müssen. Für viele wurde auch klar, daß die Frage der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke eingebettet sein muß in den Gesamtbereich Energiepolitik. Energiepolitische Fragen dürfen also nicht isoliert oder nur unter technischen oder betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten gesehen werden. Für die Gewerkschaften war dies schon immer eine gesicherte Erkenntnis. Von dieser politischen Grundhaltung geht deshalb auch die Stellungnahme „Kernenergie und Umweltschutz“ des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes aus.

Energiepolitik und damit auch Kernenergiepolitik müssen also unlösbarer Bestandteil einer umfassenden Gesellschaftspolitik sein. Das heißt konkret: Wo Energie erzeugt und verbraucht wird, muß auch Politik betrieben werden. Energieerzeugung und Energieverteilung müssen planvoll gesteuert werden. Nach gewerkschaftlichem Selbstverständnis kann dies nur unter demokratisch legitimierter Kontrolle erfolgen.

Da energiepolitische Entscheidungen einen gesellschaftspolitischen Stellenwert haben, können eben diese Entscheidungen nicht einer Gruppe, die nur infolge der zufälligen historischen Entwicklung Energie produziert und verteilt, weitestgehend allein überlassen werden. Alle Entscheidungen, sowohl über das Produzieren von Energie als auch über die Entwicklung neuer Formen der Energieerzeugung sowie über Standorte und Nebenbedingungen, müssen im politisch-parlamentarischen Raum vorstrukturiert und vorentschieden werden.

Da es sich also in der Energiepolitik um Entscheidungen handelt, die die Gesamtgesellschaft betreffen, haben die Gewerkschaften als die Interessenvertretung der Arbeitnehmer ihren Auftrag zu erfüllen. Denn sowohl auf den privaten Ver-

brauchsbereich als auch auf den Güter und Dienstleistungen produzierenden Bereich - dessen Teil ebenfalls ein jeder Arbeitnehmer ist - haben energiepolitische Maßnahmen unmittelbar Auswirkungen.

Die Gewerkschaften müssen, um die Interessen der Arbeitnehmer optimal wahrnehmen zu können, stets neu überprüfen, ob und welche Wirkungen von energiepolitischen Maßnahmen auf die Entwicklung des Lebensstandards der Arbeitnehmer ausgehen, das heißt konkret:

- Ist die Sicherheit der Bevölkerung gefährdet?
- Ist die Belastung der Umwelt noch vertretbar?
- Ist der jeweilige Preis pro erzeugter Energieeinheit tragbar?

Und die Gewerkschaften müssen prüfen, welche Auswirkungen energiepolitische Entscheidungen auf die Arbeitsplätze haben:

- Steht ausreichend Energie zur Gewährleistung der Vollbeschäftigung zur Verfügung?
- Werden Arbeitsplätze geschaffen oder abgebaut?
- Werden Rationalisierungsmaßnahmen Arbeitsplätze gefährden und/oder die Situation an den verbleibenden Arbeitsplätzen verschlechtern?

Diese Fragen verdeutlichen: Energiepolitik ist eine Politik, die auf den gesamten Lebens- und Arbeitsbereich entscheidend einwirkt.

Es ist verständlich, daß besorgte Bürger oder auch Gruppen von Bürgern sich in den letzten Wochen und Monaten verstärkt in die Diskussion über die Kernenergie eingeschaltet haben. Auch Gewerkschafter haben ein Interesse daran, daß in unserem Lande eine freie Meinungsäußerung stets möglich ist. Nicht hinnehmen kann dagegen ein demokratisches Staatswesen wie die Bundesrepublik, wenn selbsternannte Bürgerforen Entscheidungen erzwingen, die den Interessen der Mehrheit der Arbeitnehmer und damit der Mehrheit der Bürger zuwiderlaufen. In einem parlamentarisch verfaßten Staat müssen politische Entscheidungen von den dazu demokratisch legitimierten Instanzen getroffen werden. Gewaltanwendung oder Entscheidungen als Folge von Gewaltanwendung werden die Gewerkschaften ebenso wenig hinnehmen wie die politisch verantwortlichen Instanzen.

Allerdings wurde im Zuge der Diskussionen über die Kernenergie deutlich, daß die zuständigen politischen Instanzen und die interessierte Industrie es manchmal versäumt haben, eine umfassende Informationspolitik zu betreiben.

Die Gewerkschaften sind davon ausgegangen, daß alle bisherigen parlamentarisch-politischen Entscheidungen zugunsten der Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke mit der bestmöglichen Sachkenntnis getroffen wurden und die

vorhandenen Risiken dabei Berücksichtigung gefunden haben. Deshalb haben sie sich auch positiv zur Anwendung der Kernenergie für friedliche Zwecke festgelegt und geäußert. Falls jedoch nicht alle Entscheidungen entsprechend abgesichert waren, und verschiedene Anfragen innerhalb des Bundestags zur Energiepolitik lassen zumindest diesen Verdacht ebenso aufkommen wie die Äußerungen einiger Politiker, müssen die bisherigen Entscheidungen noch einmal sehr sorgfältig überprüft werden.

Um es noch einmal zu verdeutlichen: Mehr als bei allen bisherigen energiepolitischen Entscheidungen müssen die politischen Instanzen rechtzeitig und umfassend sämtliche Möglichkeiten ausschöpfen, um sicherzustellen, daß keine nur an vordergründigen wirtschaftspolitischen und erwerbswirtschaftlichen Zielen ausgerichteten Entscheidungen gefällt werden, die irgendwann nicht mehr unter Kontrolle zu bringen sind.

Um nicht mißverstanden zu werden: Es wird keiner Maschinenstürmerei das Wort geredet, und es soll auch nicht der technische Fortschritt gestoppt oder gar zurückgedreht werden. Im Gegenteil, alle Möglichkeiten müssen vielmehr darauf ausgerichtet sein, wirtschaftliches Wachstum so zu sichern, daß damit Vollbeschäftigung dauerhaft garantiert wird.

Diese beiden Begriffe, wirtschaftliches Wachstum - Vollbeschäftigung, und ihre wechselseitigen Beziehungen bedürfen noch einiger erläuternder Hinweise: Wirtschaftliches Wachstum ist kein Ziel, kein Wert an sich. Für uns kann es nur ein Mittel sein - eines von verschiedenen -, um die Vollbeschäftigung und einen guten Lebensstandard zu garantieren. Dagegen ist Vollbeschäftigung mehr als ein rein wirtschaftliches Ziel. In einem Sozialstaat ist die Verwirklichung der Vollbeschäftigung ebenbürtig mit der Verwirklichung anderer Grundwerte.

Was bedeutet es eigentlich, wenn gesagt wird: Das Sozialprodukt steigt um x Prozent? Zunächst ist das doch einmal nichts weiter als eine Zahl. Eine Zahl mit all ihren statistischen Unzulänglichkeiten. Eine Zahl, die aber eben immer wieder von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Gruppen als absoluter Wertmaßstab für unseren Wohlstand herangezogen wird.

Das Sozialprodukt - dieses Zusammenzählen und Schätzen von Produktionswerten — läßt jedoch über die Qualität von Wachstum tatsächlich keine hinreichenden Schlußfolgerungen zu. Es sagt eben nichts über die Beschäftigungslage und über den Wohlstand im einzelnen aus. Das zeigt doch die gegenwärtige Entwicklung deutlich. Trotz eines Wachstums von vier Prozent, wie gegenwärtig geschätzt wird, haben wir eine hohe Arbeitslosenquote.

Wenn die Gewerkschaften also qualitatives Wachstum fordern, dann ist damit ein Wachstum gemeint, das die Vollbeschäftigung ermöglicht und sichert. So ein Wachstum ist nicht gleichbedeutend mit der weiteren mengenmäßigen Steigerung

irgendeiner herkömmlichen industriellen Produktion und/oder mit der Durchsetzung einer vorbestimmten Profithöhe. So einfach kann man es sich heute nicht mehr machen, wie die gegenwärtige Situation zeigt.

Die Energiekrise hat darüber hinaus verdeutlicht: Die Mengen an Energieträgern, die in der Produktion, im Verkehrsbereich und im privaten Lebensbereich nach heutigen Maßstäben benötigt werden, sind eines Tages erschöpft. Nach einer ganzen Reihe von Prognosen ist dieser Tag nicht mehr allzu weit entfernt.

Was aber für die Energierohstoffe gilt, gilt im übrigen auch für viele andere Rohstoffe. Wir müssen uns stärker als bisher mit dem Gedanken vertraut machen, daß nicht überall Produktionseinsatz oder Produktionsausstoß mengenmäßig beliebig weiter erhöht werden können.

Und genau deshalb können diese Produktionsziffern nicht mehr als alleiniger Maßstab für Wachstum und Wohlstand angesehen werden. Denn Wachstum und Wohlstand werden bis jetzt überwiegend nach quantitativen Maßstäben, nach der Menge, gemessen.

Ist es nicht nachgerade fahrlässig, in Erkenntnis des oben Angedachten - absehbare Erschöpfung vieler wichtiger Rohstoffe - wie bisher weiterzumachen? Sich also nur auszurichten an der höchsten Zahl, am höchsten Profit, an der höchsten Produktionsziffer, unabhängig von den Folgen, die für uns alle dadurch entstehen.

Und ist es nicht ebenso fahrlässig, die Energiepolitik nur als Vehikel einzusetzen, das den entsprechenden Energiebedarf" blind zu befriedigen hat - egal wie und unter welchen Umständen?

Positives Ergebnis der Energiekrise ist, daß uns allen — noch rechtzeitig — klar wurde, daß der Rohstoff Energie begrenzt ist. Es muß vermieden werden, daß die begrenzte Verfügbarkeit einiger anderer Rohstoffe uns eines Tages sorglos und unvorbereitet mit ganzer Wucht trifft. Die Lösung der Probleme würde dann viel schwieriger, wenn nicht gar unmöglich sein. Eine Korrektur einer solchen Fehlentwicklung wäre dann vielleicht gar nicht mehr möglich.

Wenn wir schon - was das herkömmliche Wachstum angeht - eines vorhersehbaren Tages sozusagen mit dem Kopf an die Decke stoßen, dann muß rechtzeitig, also heute, der Prozeß des Umdenkens eingeleitet werden. Dann müssen heute schon die notwendigen gesellschaftspolitischen Vorentscheidungen getroffen werden. Nur so besteht gleichzeitig auch die Chance, in einer Welt mit begrenzten Rohstoffen unsere materiellen Bedürfnisse (und die Bedürfnisse der gesamten Weltbevölkerung) auf einem hohen und angemessenen Lebensstandard für fast beliebige Zeiten zu sichern. Solch ein lebenswerter Zustand ist jedoch von einer Reihe von Voraussetzungen abhängig.

Steigerung des Lebensstandards, und zwar in allen Teilen der Welt, kann dann nur durch qualitative Faktoren erreicht werden, konkret:

- Durch verstärkte Forschung mit der Zielvorgabe, ob der bestehende und vorhersehbare Energiebedarf nicht durch andere technische Möglichkeiten als bisher ausreichend und zu zumutbaren Preisen gedeckt werden kann,
- durch höhere Ausnutzung bestimmter Energieträger, was gleichbedeutend mit Energieeinsparung ist,
- durch *Recycling*, die Wiederbenutzung und das Wiedereinsetzen von schon bearbeiteten und benutzten Rohstoffen,
- durch unsere eigenen menschlichen Verhaltensweisen, durch Überprüfung und Änderung unserer Verbrauchsgewohnheiten. Dies scheint besonders wichtig beim Energieverbrauch, da die sparsame Verwendung und die bessere Ausnutzung zur Energiequelle Nummer 1 werden kann.

Wir sind in einem demokratisch ausgerichteten Sozialstaat alle verpflichtet, gesellschaftspolitische Entscheidungen mitzutragen und neue Weichenstellungen einzuleiten, wo immer dies im Interesse der Arbeitnehmer und ihrer Familien erforderlich ist.

Allerdings bin ich davon überzeugt, daß für eine absehbare Zeit auf die Anwendung von Kernenergie für friedliche Zwecke im Prinzip nicht verzichtet werden kann. Für mich gilt dabei die Formel - und mag sie noch so unverbindlich aussehen, sie scheint mir die einzige realistisch mögliche zu sein -: So wenig Kernenergie wie möglich, aber so viel Kernenergie wie zur Sicherung von Vollbeschäftigung nötig.